

Gender-Sprache als Waffe gegen die AfD

von Thomas Böhm

veröffentlicht am 18.12.2016 von JouWatch



Wie pervertiert unser Partei-System mittlerweile ist, erfahren wir fast täglich aus den Parlamenten, in denen nun – sehr zum Missfallen der „Alteingesessenen“ – die AfD mitmischt. Mit welchen miesen Tricks die etablierten und „fremdenfeindlichen“ Parteien arbeiten, um der für viele noch fremden AfD die demokratischen Grundrechte zu entziehen, erfahren wir heute aus einem Bericht des „Tagesspiegels“:

- ❖ „Bei all unseren Vorhaben sollen die Bürger*innen Lichtenbergs noch stärker beteiligt werden,“ schreibt der am Donnerstag neu gewählte Bürgermeister des Bezirks, Michael Grunst, in einer Mail. Ja, er schreibt „Bürger*innen“. In der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung (BVV) könnte eine solche **gegen-derte Sprache** bald zur Pflicht werden. SPD, Linke und Grüne, die zusammen die Mehrheit haben, sind dafür. Dies wäre berlinweit bislang einmalig.

Einen entsprechenden Antrag brachte die SPD-Fraktion in die Versammlung ein: alle Anträge, Anfragen und Kenntnisnahmen sollen nur noch in zugleich weiblicher und männlicher Form formuliert werden. In der BVV-Geschäftsordnung soll künftig stehen: „In der Tagesordnung können nur Drucksachen behandelt werden, welche eine **gegenderte Sprache** beachten. Drucksachen, die beispielsweise nur die männliche oder nur die weibliche Form benutzen, können nicht Bestandteil der Tagesordnung einer BVV sein. Das gilt auch bei der Einreichung von dringlichen Drucksachen.“... <http://www.tagesspiegel.de/berlin/nicht-ohne-....>

Das ist natürlich typisch für die linksgrüne Fraktion. Anstatt Politik für die Bürger zu machen, verschwendet man Energie und damit das Geld der Steuerzahler für so einen bürokratischen Schwachsinn. Aber es steckt natürlich noch etwas ganz Anderes dahinter:

- ...Der SPD-Antrag liegt inzwischen beim BVV-Ausschuss für die Geschäftsordnung. Dort soll er nochmal beraten und dann von der BVV beschlossen werden. Besonders der AfD dürfte es schwerfallen, sich an die neue Sprachregel zu halten. „Die AfD lehnt das ab. Dieser Antrag ist ideologisch und fernab der Realität“, sagt Vize-Fraktionschef Karsten Woldeit. Wenn der SPD-Antrag durchkommt, stünde die AfD vor einem Problem: Auf einem Bundesparteitag hatte sie beschlossen, bei dem „Genderwahn“ nicht mitzumachen. **Ist die neue Regelung aber erstmal in Kraft, könnte die AfD keine Anträge mehr einreichen, ohne gegen parteiinterne Beschlüsse zu verstoßen...** <http://www.tagesspiegel.de/berlin/nicht-ohne-...>

Und genau das ist die Absicht der linksgrünen Herrschaften. Sie wollen unbedingt verhindern, dass die AfD politisch arbeiten kann und somit ihre Wähler „befriedigt“.

- **Ein schlimmes Beispiel dafür, wie Ideologie die Demokratie zerstört, aber natürlich typisch für Grüne und Linke.**